

Verantwortlicher:
Redaktion 21366 - Geschäftsstelle 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden - A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische
Vollzeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Haus Abgabe 4 mit Postzinsen 12.75 M.
Abgabe 3 11.25 M.
einjährlich 40.00 M.
Die Sächsische Vollzeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeilen: 1.40 M. in Restamont 3.50 M.
Familienanzeigen 1.30 M.
Für unbeschnittene, leinwandgedruckte, durchgehende Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Räte der evangelischen Kirche

Der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz wird von einem evangelischen Mitarbeiter folgendes geschrieben:
Das Zentrum hat bis in die jüngste Gegenwart hinein behauptet, daß es durchaus den Willen hat, sich auch für die Existenz der evangelischen Kirche einzusetzen. Selbstverständlich kann das nur auf rein rechtlichem und finanziellem Gebiete geschehen. Ohne Zweifel ist aber schon in dieser doppelten Hinsicht die Lage der evangelischen Kirche mindestens ebenso schwierig, wenn nicht teilweise noch schwieriger als die der katholischen. Das Zentrum verlangt für die katholische Kirche nichts weiter als die strikte Bindung an die rechtlichen Regelungen des Reiches und der Staaten gegenüber der Kirche und ihren Einrichtungen und Organisationen. Wenn der Staat nur diesen rechtlichen Verpflichtungen nachkommt, so ist die finanzielle und rechtliche Existenz der römischen Kirche durchaus gesichert. Mehr als einmal hat sie von berufener Seite es erkennen lassen, daß sie darüber hinaus irgendwelche Opfer und besonderen Gaben seitens des Staates nicht erwartet.

Andererseits die evangelische Kirche. Sie war bis zur Revolution eine Staatskirche, die wesentlich auf die finanzielle Hilfe und Unterhaltung seitens des Staates angewiesen war. Auch heute ist die Trennung von Kirche und Staat für sie noch nirgendwo in Deutschland reiflos durchgeführt. Während aber die katholische Kirche eine feste Organisation darstellt, mit der der Staat bezüglich neuer Uebersiedelungen und finanzieller Verbindungen verhandeln kann, fehlt der evangelischen Kirche eine solche. Zusammenfassung für das Reich. Für die einzelnen Staaten soll durch die Wahlen zum Reichstag etwas Derartiges geschaffen werden, zunächst für Preußen. Die Dinge sind aber so sehr im Fluß, und die Gegensätze der verschiedenen Richtungen sind so stark, daß eine einheitliche Regelung innerhalb der Staaten und dieser untereinander nur schwer vorstellbar ist. Freilich dringt die finanzielle Not die Vertreter der verschiedenen Richtungen zu einer Koalition wenigstens in finanzieller Beziehung. In Preußen ist durch das Gesetz vom 17. Dezember 1920 das Gesetz der evangelischen Geistlichen durch Eingliederung in die Besoldungsgruppe 10 der Staatsbeamten und durch Bereitstellung von staatlichen Vorständen einstweilen günstig geregelt. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß es sich eben um Vorläufige handelt, die zinslos bis zum 1. April 1928 zurückzuführen sind. Die evangelische Kirche hat also rechtzeitig auf die Beschaffung anderweitiger Einnahmequellen Bedacht zu nehmen. Andere Staaten, zum Beispiel Bayern und Sachsen, stehen bezüglich der Pfarrbesoldung noch weit hinter dieser günstigen Regelung zurück. Es ist aber selbstverständlich, daß das Zentrum anstandslos für eine Sicherstellung der Lebensbedürfnisse der evangelischen Kirche in allen deutschen Staaten eintritt. Alle diese provisorischen Regelungen drängen aber auf einen endgültigen Abschluß. Damit dieser zustande kommt, müssen Körperlichkeiten vorhanden sein, die wirklich Ausdruck des evangelischen Kirchenvolkes sind. Und hier wird ohne Zweifel die große Schwierigkeit entstehen. Die evangelischen Staatskirchen waren zuletzt nur noch Verwaltungs-, nicht mehr Bekenntnisgemeinschaften. Es fragt sich, ob bei der Schaffung der neuen kirchlichen Organisationen nicht der Streit um das Bekenntnis der Ausgangspunkt unüberwindlicher Schwierigkeiten werden wird. Sobald sich eine neue evangelische Kirchengemeinschaft begründet, erhebt sich doch die nächste Frage, was denn eigentlich ihre bekenntnismäßige Grundlage sei. Für die Staatskirche fiel ihre Grundlage als Verwaltungsgemeinschaft nicht weiter schwer ins Gewicht. Für die neue Volkskirche ist das eine Unmöglichkeit. Erst wenn sie zustande kommen, so muß diese bekenntnismäßige Grundlage geschaffen werden. Und das wird unmöglich sein, da ganz verschiedene Welten unter einer Verwaltung gespannt werden.

Nachdrückende Evangelische haben diese längst bestehenden Räte in ihrer Tragweite für die Zukunft ihrer Kirche erkannt. Sie haben den einzig möglichen Weg zur Sicherung ihres Ansehens auf die rechtliche Existenz ihrer Kulturgemeinschaft beschritten, indem sie sich dem Zentrum angeschlossen haben, der Partei, die wenigstens gewillt und imstande ist, die Rechte ihrer brüderlichen Rinderheit zu vertreten, wie immer sich die neuen evangelischen Kirchengemeinschaften auch gestalten. Sie werden es begrüßen, wenn innerhalb des Zentrums das Interesse an diesen Vorgängen, die doch auch für die katholische Kirche ihre Bedeutung haben, recht rege wird.

Eine neue Wendung in der Wiederherstellungsfrage

Es ist jedem politisch einsichtigen Menschen im Lande klar, daß es ein dringendes Gebot der deutschen Politik ist, aus der durch den ergebnislosen Verlauf der Londoner Verhandlungen verfahrenen Situation in der Wiederherstellungsfrage so rasch als möglich mit Anstand herauszukommen. Es kann zu Ehren der Reichsregierung ausgesprochen werden, daß sie seit London in der Tat in dieser Frage die Hände nicht müßig in den Schoß legte. Nach dem vorläufigen Abbruch der offiziellen Verhandlungen wurden um so eifriger die inoffiziellen Gaben wieder anzuknüpfen versucht, und es ist auch anderwärts in der Öffentlichkeit gefühlbar, was einer großen Öffentlichkeit gegenüber verborgen blieb, aber doch dem Ziele selber; einer neuen Inangriffnahme der Verhandlungen der gesamten Entschädigungsfrage, dienen sollte und auch dienle. Wir haben von allem Anfang an auf die außerordentliche, ja vielleicht entscheidende, weil ausschlaggebende Bedeutung des amerikanischen Faktors in dieser Frage hingewiesen. Wir erinnern daran, daß wir an dieser Stelle in Skizze einen Vorschlag erörterten, der eine unmittelbare Beteiligung Amerikas an der Regelung der Wiederherstellungsfrage vorsah. Dieser Vorschlag ging keineswegs etwa von der Erwägung aus, daß Amerika uns zuliebe zu einer besonders entgegenkommenden Haltung sich bereit fände. Aber auf derartige Reize bauen wollte, wäre ein schlechter Politiker. Aber eine Mitbestimmung Amerikas an dem ganzen Reparationsproblem und zwar in der damals von uns erörterten Weise der Uebernahme der Entschädigungsschulden an Amerika durch Deutschland und eines amerikanischen Gegenwertes in Gestalt einer an Deutschland zu gewährenden Anleihe, ist schon im eigenen finanziellen Interesse Amerikas gelegen. Man muß sich überhaupt vollkommen klar darüber sein, daß eine entsprechende Förderung der Entschädigungsfrage, die ja kein europäisches, sondern ein weltwirtschaftliches und weltwirtschaftliches Problem ist, ohne einen Faktor, wie ihn Amerika in der Weltpolitik darstellt, nicht möglich ist. Heber die Pariser und Londoner Besesse erzählt nun die deutsche Öffentlichkeit von einer angeblichen amerikanischen Vermittlung in der ganzen Wiederherstellungsfrage. Es wird behauptet, die Anregung dazu sei von deutscher Seite ausgegangen. In deutschen amtlichen Stellen scheint man Wert darauf zu legen, das zu bestreiten, und auf eine französische Initiative hinzuweisen. Dieser Streit scheint uns müßig, denn alle Völker sind daran interessiert, die Verhandlungen wieder ins Rollen zu bringen. Es ist zweifellos richtig, daß auch Frankreich den Wunsch haben muß, in dieser Sache vorzueilen zu kommen, denn der französische Staatskredit leidet unverkennbar unter Verzögerung der Entschädigungsfrage. Es ist nun von höchstem Interesse, daß jetzt selbst von französischer Seite der Plan der Mitbestimmung Amerikas auf dem Wege über Deutschland in der Weise aufgegriffen wird, daß man Amerika in Vorwissen bringt, es möge Deutschland einen Anleihevertrag im größeren Umfange gewähren, um auf diese Weise Deutschland instand zu setzen, an Frankreich einen Teil der Entschädigungsschulden zu zahlen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Mission Wilsons in Washington mit diesen Dingen in Verbindung bringt. Mit einer derartigen und ähnlichen Regelung würde die französische Politik für sich das "Beste" gewahrt haben, keinem von deutscher Seite ausgehenden Vorschlag sich unterwerfen zu haben. Wir können den Franzosen diese Freude gönnen. Im Effekt kommt das, was die französische Politik jetzt will, genau auf das heraus, was in deutschen Kreisen und auch an dieser Stelle schon längst zum Ausdruck gebracht war. Uns kommt es auf den schließlichen Erfolg an. Man muß sich bei diesen Dingen auch weiter vor Augen halten, daß auch Amerika an einem solchen Komпромiß politisch interessiert wäre infolge der bei einer Anleihe an Deutschland und einer damit verbundenen Verpflichtung zum Abtragung eines gewissen Teiles dieser Kreditsumme zur Entschädigung an Frankreich der französischen Politik gegenüber sein Gesicht wahren, also, wenn auch nur äußerlich, im Rahmen des Bündnisses der Alliierten bliebe. Weitergehende Verbindlichkeiten eingegangen, lehnt Amerika bekanntlich ab. Es wird, zumal jetzt, keine europäische, sondern eine rein amerikanische Politik betreiben. Man wird also damit rechnen können, daß unter einem starken Engagement von Amerika, um nicht zu sagen, unter amerikanischer Vermittlung, die Dinge in der Reparationsfrage wieder in Fluß kommen. Es sind diplomatische Einzelheitenfragen, wenn man von den beteiligten Amtsstellen in Deutschland sowohl, wie im Auslande das Vorhandensein solcher Bestrebungen abgelehnt wird. Dieser Vorgang selbst diplomatisch-amtlich erst dann als vorhanden, wenn sie feierlich verkündet und bestätigt sind. Bis es soweit kommt, muß die Entscheidung aber schon längst gefallen sein. Wir haben deshalb allen Grund, die Frage, die sich gegenwärtig hinter der Szene abspielt, mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Das wahre Gesicht Wilsons

Nach wie hat ein führender Mann die Gutgläubigkeit eines Volkes, sowie die Erwartungen einer ganzen Welt bitterer und äperer enttäuscht, als wie dies der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika getan hat. Die Rolle, die jener bei den Friedensverhandlungen in Paris gespielt hat, war bisher in dieses Dunkel gehüllt. Nur auf Vermutungen basierten alle die verschiedenen Wendungen, die von fast allen Seiten über Wilsons Verhalten in der Öffentlichkeit auftauchten. Aber immer mehr drang sich schließlich die Ueberzeugung Bahn, daß Wilson in Paris sich selbst und seine 14 Punkte verraten habe. Dies wird nun zur Gewißheit durch ein Buch, das Wilsons Staatssekretär und langjähriger Mitarbeiter Lansing unter

dem Titel "Die Friedensverhandlungen" veröffentlicht hat. Durch eine Reihe von "Times"-Artikeln ist uns aus diesem Buche schon jetzt so viel bekannt geworden, daß das Bild des amerikanischen Präsidenten in wohlgegründetem Urteil vor uns steht. Und wahrhaftig - dieses Urteil Lansing's reißt Wilson erdarrungslos von der Höhe herab, auf der zu stehen sich jener Mann selbst einbildete.

Die Kardinalfrage der Lanfing'schen Ausführungen bezieht sich auf die Preisgabe der Wilson'schen Grundzüge von der Gerechtigkeit unter den Völkern und den Gründen, die den Präsidenten zu einem Abfall von den in den 14 Punkten aufgestellten Grundzügen veranlaßt haben. Kennzeichnend für die psychologische Entwicklung zu dem inneren und äußeren Umfall Wilsons ist dabei die von Lansing besonders betonte Einstellung des Präsidenten, die durch die glänzenden Empirien in Europa und Amerika geteigert, von den Franzosen und Engländern richtig erkannt und klar ausgedeutet wurde. Die professionelle Verdorrenheit in den Gedanken eines weltumspannenden Völkerbundes, diese unheilbare Manie Wilsons, war der Ausgangspunkt für die berechnenden und gewissen Realpolitiker Wood George und Clemenceau, um den amerikanischen Präsidenten vollständig einzuklinken. Für diese Idee gab Wilson alles aus der Hand und machte sich selbst zum Verräter an den von ihm proklamierten Grundzügen. Darum ist die Lanfing'sche Darstellung in aller Offenheit vor, daß er als Mann von hohen Grundzügen einsehr von diesen gepfert habe, um die Annahme des Völkerbundes zu sichern. Er befehlte ihm, über die "ewigen Grundzüge der Gerechtigkeit" die Institution des Völkerbundes gesetzt zu haben. Außerdem ist Lansing der Meinung, daß die Grundzüge aller Ingehandlungen an Clemenceau, Wood George und Orlando niemals erfolgt wäre, wenn der Präsident nicht nach Frankreich gegangen wäre.

Diesem harten, aber schließlich gerechten Urteil des einflussreichen Mitarbeiter Wilsons haben wir nichts hinzuzufügen. Vor den Augen der Welt und denen seines eigenen Volkes ist Wilson gerichtet, seine Rolle ist aus der Luft, der keinen Taten folgt, hat ihn und seine Werke nehmend gekennzeichnet. Das deutsche Volk aber - das hat ihn zur Warnung gesagt - hat bis in die tiefsten Tiefen fühlen müssen, was es bedeutete, wenn viele, alle viele einem solchen Manne sich auf Treu und Glauben verziehen hätten.

Erhöhte Leistungen in der Angestelltenversicherung

Nach einer Mitteilung und nach einem Vorschlage des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt sollen den geschiedenen Körperlichkeiten Anträge zur Beschäftigung vorzuleiten werden, die eine Erhöhung der Bezüge aus der Angestelltenversicherung vorsehen. Diese Erhöhung der Leistungen muß auch bald erfolgen, da eriens die Bezüge aus der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung ganz wesentlich erhöht worden sind, besonders durch das Gesetz vom 26. Dezember 1920, und zweitens die wirtschaftliche Lage der auf Unterstützung angewiesenen Anstellungen eine Aufbesserung dringend erfordert. Mit der Erhöhung der Bezüge ist natürlich auch eine stärkere Beitragsleistung verbunden. Was die Aufbesserung der Leistungen in einzelnen betrifft, so soll zunächst für die Bemessung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenrenten ein für alle Gesellschaften gleicher Grundbetrag zugrunde gelegt und diesen Beträge für jeden entrichteten Monatsbeitrag ein nach der Höhe der Beiträge verschieden hoher Steigerungsfaktor hinzugefügt werden. Für das Ruhegeld sieht der Entwurf als Grundbetrag der Betrag von jährlich 300 Mark vor. Entsprechend der Erhöhung der Ruhegeldbezüge erhöhen sich auch die Witwen- und Waisenrenten. Für die Waisenbezüge sieht der Entwurf neben der sich aus den neuen Sähen für die Ruhegelder ergebenden Aufbesserung eine weitere bedeutende Erhöhung infolge vor, als künftig als Halbwoisrenten anstatt eines Fünftels der Waisenrente zwei Drittel der Waisenrente gewährt werden sollen. Ferner ist eine erhebliche Erhöhung der für Dienstverpflichtungszwecke benötigten Mittel vorgesehen. Eine weitere Verbesserung schlägt der Entwurf für weibliche Versicherte vor. Nach den geschiedenen Bestimmungen wird weiblichen Versicherten beim Eintritt der Berufsunfähigkeit nach Ablauf von 60 Beitragsmonaten und vor Vollendung von 120 Beitragsmonaten ein Ruhegehalt gewährt, dessen Höhe nach den ersten Beitragsmonaten berechnet wird. Auch für dieses Ruhegeld soll ein Grundbeitrag von 200 Mark zugrunde gelegt werden. Außerdem sollen die Steigerungssätze nicht nur der ersten 60 Beitragsmonate, sondern sämtlicher Beiträge in Ansatz kommen, die bis zum Eintritt der Berufsunfähigkeit entrichtet worden sind. Durch diese Regelung wird gleichzeitig einer von den Angestelltenverbänden aufgestellten Forderung entsprochen, und es erfahren die den weiblichen Versicherten zugewandten Sonderleistungen eine erhebliche Erweiterung und Erhöhung. Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab sollen auch den bereits Bezugsberechtigten die Grundbeiträge als Zuschuß zu den für sie festgesetzten Ruhegeldern und Hinterbliebenenbeträgen gewährt werden. Der Anspruch auf Erstattung von Beiträgen für den Fall, daß der Versicherungsfall eintritt, ohne daß ein Anspruch auf Leistungen geltend gemacht werden kann (§ 208 des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte) soll auch den Eltern und Großeltern gewährt werden. Diese Mitteilungen werden in den Kreisen der versicherten Angestellten Genugung und Behergung auslösen. Der Ausbau der Angestelltenversicherung und die Verwirklichung mancher seit langer Zeit gehegten und berechtigten Wünsche wird nun wohl die Opposition gegen die Angestelltenversicherung verstimmen lassen. Auch von der von vielen Seiten geforderten Verknüpfung mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird dann wohl nicht mehr die Rede sein. Die Angestelltenversicherung muß sich des Vertrauens der Versicherten erfreuen, dann wird sie auch gediehen und den Angestellten zum Segen gereichen. (Sch.)

Die Zollgrenze

Paris, 3. April. Das letzte mit: Der Vorschlag zur Aufhebung der Zollgrenze...

Paris, 2. April. „Echo de Paris“ erzählt, in der gestrigen Sitzung der Vorkonferenz...

Paris, 3. April. Der „Temps“ bringt nähere Mitteilungen über die Zollgrenze am Rhein...

Die Unterdrückung des deutschen Flugzeugbaues

Paris, 2. April. Ministerpräsident Deland hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vorkonferenz...

Die römische Konferenz

Dieser Tage findet eine Konferenz aller derjenigen an dem ehemals deutsch-österreichischen Gebiete...

Der Mißerfolg der griechischen Offensive

London, 3. April. Wie Reuters aus Smyrna meldet, haben die Türken den arabischen Vormarsch zum Stehen gebracht...

werde umgewandelt, Sunaris werde Ministerpräsident und Galopropoulos Finanzminister...

Prüfung der Verlegungen der Genfer Konvention

Berlin, 3. April. In Genf tagt zurzeit eine internationale Konferenz der Roten Kreuze...

Anmerkung des M.D.: In Deutschland wird dieser Konferenzbeschluss auf allen Seiten lebhaft begrüßt...

Inverberflich

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Wien, 4. April. Nach der Wiener neuen Presse erklärte Graf Andrássy...

Karls verschobene Abreise

Wien, 3. April. Nach Meldungen Wiener Blätter aus Steinamanger soll Erzherzog Karl unter Fiebererscheinungen...

Eine Erklärung des Vatikans

Rom, 3. April. „Observatore Romano“ bemerkt formell die Gerüchte, wonach der Vatikan von der Reise des Kaisers Karl unterrichtet war...

Der schweizerische Bundesrat

Bern, 3. April. Die schweizerische Depesch-Agentur ist in der Lage über einen Beschluss des Bundesrates...

Frankreichs Rolle

Genf, 3. April. Die Andeutungen der Pariser Presse über die Vorabsicht des ungarischen Staatsrechters...

Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks

Die Bergarbeiter haben in allen Bergwerken die Arbeit so gut wie vollkommen eingestellt...

Veränderungen im englischen Ministerium

Eine lange Liste von Veränderungen im Ministerium ist veröffentlicht worden...

Der erste katholische Vizekönig von Irland

Lord Edmund Talbot ist zum Nachfolger von Lord French als erster Vizekönig von Irland unter der neuen Regierungsform bestimmt worden...

Aus dem Osten

London, 2. April. „Manchester Guardian“ veröffentlicht den Wortlaut der Verträge, die die russische Sowjetregierung vor kurzem mit Persien und Afghanistan abgeschlossen hat...

Oberchieften

Die französische Rhein-Agentur meldet, daß die Lage im Kreis Rhynit immer schlimmer werde...

Die Haltung der Befehlsführer gegenüber den Kommunisten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Köln, 4. April. In den niederrheinischen Blättern wird gegen die niederheinischen Kommunisten ein Befehl der Befehlsführer...

Hölz der Urheber des Anschlages auf die Siegessäule

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 4. April. Die nunmehr abgeschlossene polizeiliche und gerichtliche Untersuchung des Attentats auf die Siegessäule hat ergeben...

Das Vandalenwesen in Mitteldeutschland

Aus der Provinz Sachsen wird dem „Verl. Volksanz.“ geschrieben: Im mitteldeutschen Industriegebiet ist in den von der Schuppeligen besetzten Städten Ruhe einsetzt...

Die in Halle anwesenden Vertreter des Braunkohlen-, Kalk- und Erzkohlebaues, der Arbeiterverbände von Industrie, Handel und Gewerbe...

Halle, 3. April. Die Schupo unternahm vorgestern mit Erfolg eine erfolgreiche Aktion gegen das hart mit Maschinengewehren und Minenwerfern besetzte Dorf Weesenstein...

Magdeburg, 3. April. Die Meldestelle des Oberpräsidiums teilte mit: Eine Streife zwischen Worsleben und Unter-Ober-Niedorf hatte das Ergebnis...

Die Schuppeligen hat Kahlborn und Kebra besetzt. Die Wache, die vorgestern abend in Weesenstein zum Teil vernichtet wurde, hat sich verfolgt von der Schuppeligen, auf ein holländisches Gebiet zurückgezogen...

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a separate column.

Erfurt: Die kommunistische Flugblattaktion dauert an. Die Festnahme der Kommunisten, die sich an dieser Agitation beteiligen, dauert fort.

Halle, 3. April. Während es den im Norden von Halle kämpfenden Truppen vorgestern gelungen war, den Adjutanten von Mag. H. J., den kommunistischen Redakteur Schneider aus Mansfeld, gefangen zu nehmen, ist H. J. selbst wieder erlitten. Er hatte den Fabrikbesitzer Köpcke aus Bötzig gezwungen, ihm drei Tage lang im Saalekreis herumzuführen. Als die Schwärze-Truppen gestern Weesendorf einnahmen, gelang es Köpcke, zu den Truppen zu fliehen. Die Leiche des ermordeten Leutnants Krichner ist glücklich verstaumelt in einer Schucht bei Zeutschenthal ausgegraben und dann nach Halle gebracht worden.

Schwerin, 3. April. Infolge der Verschärfung der politischen Lage hat das Ministerium die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Kommunistische Missetate?

Berlin, 4. April. In der vergangenen Nacht gegen halb 1 Uhr erfolgte in der Kolonie Grünwald an der Ecke der Erbarch- und Erdenerstraße auf dem Willensgrundstück des Fabrikbesitzers Schmidt eine heftige Explosion. Die aus dem Schloß geschickten Bewohner des Hauses eilten herbei und sahen, daß die Gasrohranlage zerstört worden war. Die Gasrohranlage dieser Gasleitungen verursacht hatten. In der Nähe des Tatortes fand man grüne Zettel mit der Aufschrift: „Mag. H. J. ist da.“

Am Mittwoch meldete der Fabrikdirektor Neumann, daß auf der Straße Baumgartenweg-Belliger Bahnhof beim Stellblock B. L. W. verunglückt worden war, die Wägle Treptow-Dammweg zu zerstören, indem man Sprengstoffe zur Explosion brachte. Die Ursache ist aber mißlungen.

Ein Aufruf Gröners

Berlin, 3. April. Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Aufruf an die deutschen Eisenbahner gerichtet:

Die klagenswerten Ereignisse in Mitteldeutschland haben dem Personal und den Betriebsrichtungen der Reichseisenbahnen schweren Schaden zugefügt. Durch verbrecherische Handlungen sind brave Beamte getötet oder zu Krüppeln geworden. Der den politischen Kampf mit Bomben und Dynamit in das Eisenbahngeschehen einträgt, der für die Eisenbahner eine schwere Gefahr, ein Feind, der ihm an Leben und Gesundheit geht. Wer täglich des Nachts Eintritten der Bahn beschließt, der wird zum Mordmörder, insbesondere an jenen Beamten, die auf der Lokomotive und im Waggon zu allererst in ein sicheres Verderben gehen. Niemand hat ein Recht, durch Anschläge gegen Eisenbahn seine politischen Ziele zu fördern. Wer es tut, ist kein Politiker, sondern ein Verbrecher, der keine Schonung verdient. Die Eisenbahn ist auch kein Instrument, das sich zum Kampfe gegen die bestehende Verfassung mißbrauchen lassen muß. Die Eisenbahner erblicken in dem Betriebe, dem sie dienen, den wichtigsten Stützpunkt unserer Volkswirtschaft und sehen auch ihren Stolz darin, daß die begonnene Befreiung der Eisenbahnen ungehemmte Fortschritt macht. Wer daher verbrecherisch in den Betrieb eingreift, der greift den Eisenbahner auch in seiner Ehre an, ganz so schwerwiegen von den dadurch verstärkten Sorgen des Dienstes. Um all diesem Unheil zu steuern, rufe ich die gesamten deutschen Eisenbahner auf, mir zu helfen, sich selbst, die Bahnanlagen und den Betrieb jetzt und in Zukunft gegen solche verbrecherische Eingriffe zu schützen. Den Eisenbahner, die bereits in den letzten Jahren bei der Abwehr der Anschläge mitgewirkt haben, sage ich meinen wärmsten Dank in der Überzeugung, daß ihr Beispiel der richtig erkannten und freiwillig übernommenen Berufspflicht der Allgemeinheit der deutschen Eisenbahner werden wird.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Die Berliner Blätter aller Richtungen beschäftigen sich in den letzten Tagen wiederum intensiv mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen. Nach einer Meldung sollen bereits Zentrum und Demokraten die Initiative ergreifen und offizielle Anfragen an die rechts und links benachbarten Parteien gerichtet haben. Auch die Personenfrage wird in diesem Zusammenhang bereits lebhaft diskutiert. Wir sind nicht in der Lage, die verschiedenen Meldungen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Soweit die Zentrumspartei und ihre Stellungnahme in Betracht kommt, können wir feststellen, daß die diesbezüglichen Meldungen jeglicher Grundlage entbehren. Die Zentrumspartei sowie ihre Führer haben seit der Vertagung des Landtages zu der Frage der Regierungsbildung nicht von neuem Stellung genommen. Wie wir hören, wird der erste Vorsitzende der Zentrumspartei des Landtages, Geheimrat Vorhoff, am Montag kommenden Woche in Berlin eintreffen. Gleich nach seiner Ankunft dürfte allerdings die Aufnahme von neuen Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung einsetzen.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Nach Zeitungsberichten soll eine neue Vereinbarung der Parteien über die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt sein und die Festsetzung des Wahltermins unmittelbar bevorstehen. Diese Nachricht beruht lediglich auf Kombinationen. Bekanntlich hat der Reichspräsident selbst in einem vor längerer Zeit veröffentlichten Schreiben auf eine möglichst schnelle Auseraumung der Wahl gedrängt. Die Funktionen des Reichspräsidenten waren jedoch mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, die noch immer über den Schicksal des Reiches und insbesondere über die Zukunft Oberschlesiens herrscht, übereingekommen, die Neuwahl des Reichspräsidenten bis nach der Entscheidung über Oberschlesien zu verschieben. Vor Ende April dürfte aber die Entscheidung des Völkerbundrates kaum zu erwarten sein. Andererseits tritt der Reichstag, der nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten den Wahltag festzusetzen hat, erst am 20. April wieder zusammen. Es ist also die Auseraumung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten frühestens Ende dieses Monats zu erwarten, so daß die Wahl selbst nicht vor Ende Mai erfolgen kann.

Schwedische Liebeskinder

Stockholm. Etwa 4000 Kriegskinder werden im bevorstehenden Sommer in Schweden untergebracht werden. Die meisten von diesen Kindern sind solche, die bereits in Schweden waren und nun wieder eingeladen sind. Die Hälfte sind deutsche, die andere Hälfte österreichische Kinder.

Nachrichten aus Sachsen

Vom Landesauschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose in Sachsen sind Leitfäden zur Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter in kurzer, gemeinverständlicher Form ausgearbeitet worden, deren möglichst weite Verbreitung in allen Volksteilen im Interesse der Volksgesundheit dringend zu wünschen ist. Die Leitfäden sind von der Gärtnereischen Buchdruckerei, Dresden-Altkönig, Georgplatz, zum Preise bei Abnahme von 10 Stück zu je 1,20 Mark, zu 50 Stück zu 1,40 Mark, zu 100 Stück zu 1,60 Mark, 500 Stück 1,25 Mark und 1000 Stück 1 Mark einschließlich Porto zu beziehen.

Die 25-jährige Amtsjubiläum feiern mit Beginn des neuen Schuljahres an den luther. Schulen Sachsens folgende Lehrkräfte: Kurt Albert (Rittau), Johannes Bergmann (Blauen 2.), Franz Conrad (Wurzen), Joseph Walter (Dresden 2.), Carl Seifert (Schirgiswalde) und Otto Walter (Dresden 3.).

Bautzen. Der Stadtrat hat die Forderungen der Erwerbslosen auf eine Beihilfe von 800 Mark abgelehnt. Daraufhin veranstalteten diese eine zweite Versammlung unter freiem Himmel. Der Kommunist Hoop forderte den Generalstreik, doch fanden sich in der ganzen Versammlung kaum zehn Kommunisten bereit, mit ihm zu gehen. Auch sonst herrscht in der Oberlausitz Ruhe, abgesehen von Hirschfeld, wo an einer Mauer des Neubaus des Braunkohlenwerkes zwei Handgranaten zur Explosion gebracht wurden, die jedoch keinen Schaden angerichtet haben.

Delitzsch. Die in den Schächten durch das kommunistische Verbrechen eingeschlossenen Bergarbeiter wurden klaglos getötet und die verwalteten Schachtanlagen sind wieder hergestellt worden. Seit Mittwoch abend liegt hier Militär. Junge, mit Holzknüppeln bewaffnete Burgen kommen als Täter in Betracht, die auf den Schachtanlagen erschienen und die Arbeiter auslöschten.

Werdau. Die schädlichen Folgen der Missetate im Vogtlande machen sich schon jetzt geltend. Wie eine angesehene Blauerer Firma mitteilt, sind ihr bereits von Kunden aus Berlin und Frankfurt a. M. telegraphische Anfragen gegangen, ob ihr unter den obwaltenden unruhigen Verhältnissen die Ausführung der ihr übertragenen, belangreichen Aufträge überhaupt möglich sei, und von der Antwort ist das eventuelle Zurückziehen der Aufträge abhängig gemacht. Zunächst ist die Firma in der Lage, die Aufträge auszuführen.

Bautzen, 3. April. Der Landwirtschaftliche Kreisverein für die Oberlausitz hielt am Sonnabend in Bautzen seine 106. Kreisversammlung ab, der auch der Ehrenvorsitzende Geheimrat Rat Dr. Hahn auf Struppitz beizuhöhen. Der Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Bautzen konnte auf eine zehnjährige Tätigkeit als Geschäftsführer des Kreisvereins zurückblicken und wurde aus diesem Anlaß durch Glückwunsch und Blumen spende geehrt. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Stallbesitzer sollen wieder aufgenommen werden und in diesem Sommer in Oberwitz, Hirschfeld, Oberzimmersdorf und Stacha stattfinden. Hofrat Dr. Schönemann sprach über die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in Sachsen. Infolge Wegfalls der bisherigen Staatsunterstützung muß der Landeskulturrat für die Finanzierung der Landwirtschaftlichen Kreisvereine sorgen, wie er es bereits seit dem 1. April hinsichtlich der landwirtschaftlichen Schulen tut. Dadurch sind die finanziellen Anforderungen, die bisher etwa hunderttausend Mark betragen, auf 840000 Mark gestiegen. Major S. v. S. über ein neues Sprengstoffverbot. In Rittau ist eine zweite landwirtschaftliche Schule des Kreisvereins errichtet worden.

Bautzen. Bei dem am 10. April vorm. 10.45 Uhr in der waldhagen Kirche in Bautzen stattfindenden Gottesdienste wird auf die Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Helden unseres alten Infanterie-Regiments 103, welche an diesem Tage vorgenommen wird, Bezug genommen werden. Die Hinterbliebenen, wie überhaupt unsere katholischen Volksgenossen seien hiermit besonders hervorgehoben.

Oberzimmersdorf. Das Getreidelager des Ortspfarrers wurde durch Brandstiftung vollständig eingeeicht.

Rittau. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Rittau hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Einführung einer Fremdensteuer und Kursteuer in Ophim beschäftigt. Da die Neueinführung nicht alle Personen gleichmäßig herausgreift, wurde die Amtshauptmannschaft ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Gemeinderat von Ophim einen entsprechend abgemilderten Nachtrag auszuarbeiten. In derselben Sitzung wurde in der Gemeinde Großschönau die Einführung einer Steuer für Musikinstrumente genehmigt. Steuerfrei bleiben Klaviers, die direkt zum Erwerbe dienen oder zur Weiterveräußerung bereit gehalten werden.

Aus Dresden

Quäterspeisung. Die Speisung der Jugendlichen (15-18 Jahre) beginnt am 18. April 1921 und erfolgt abends 8 Uhr. Diejenigen, die sich hierzu gemeldet haben, können die Speisefkarte unter Vorlegung der erhaltenen Quittung über den bezahlten Betrag am 8. April von 8 Uhr vormittags - 8 Uhr nachmittags und am 9. April von 8 Uhr vormittags - 2 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle des Ortsauschusses für die Quäterspeisungen, Hohndorferstraße 18, II., Zimmer 8, abholen.

Die Geschäftsstellen des Reichsamtes sind wieder an jedem Tage der Woche für den vollen Betrieb geöffnet. In der Reichsamts-Geschäftsstelle in Dresden-Neustadt werden am 6. 7. 8. und 12. April 1921 vormittags von 10 Uhr an Pässe der Vertreibungskategorie an den betreffenden Tagen von früh 8 Uhr ab im Vertreibungsausschuß Hauptstraße 3, 1. Stock, zur Ansicht ausliegen.

Bei den Gewerbevereinswahlen wurden insgesamt 14908 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die sozialdemokratische Liste 18091 und auf die Liste der Christlich-Sozialen 407 Stimmen. Das Gewerbeamt hat sich somit aus 98 Sozialdemokraten und 2 Christlich-Sozialen zusammen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Das Kreuzbündnis veranstaltet am Dienstag abend 7.30 Uhr einen Volksliederabend. Auch mit Rücksicht auf eine Verprechung der Missionararbeiten des Vaters Epiphanius ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Dresden-Johannstadt. Herz-Jesu-Konferenz des Vincentiusvereins. Am Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr Sitzung im Rinderheim, Wittenberger Straße 88.

Dresden. Am Mittwoch den 6. April, abends 8 Uhr, wird Herr Direktor Stadtbaurat Ludwig Engler den zweiten seiner angelegten geschichtlich-apolgetischen Vorträge im großen Saale des Gesellschaftshauses halten. Die Bitte um Besuch dieser Abende sei wiederholt, obgleich bereits der erste Vortrag am 30. März eine zahlreiche Zuhörerschaft den überaus spannenden Worten mit größter Aufmerksamkeit folgte. Die Ausführungen des Vortragenden über die vorreformatorische Zeit gleichen einem Kollapsgebäude, in das der Vortragende die Fortben in strengster Objektivität, mit Vermeidung aller Schönfärberei auch der betrübendsten Zeiten der katholischen Kirche auftritt und die den Worten des protestantischen Geschichtsschreibers Gregorovius, daß eine Kirche, die sich schwere Schläge zu überwinden verstehe, ohne Schaden für Ansehen und Größe, nicht Menschenweil sein könne, recht geben. Wäge der zweite Vortrag als Fortsetzung und Weiterführung des ersten der zahlreichen Hörschaft sich erfreuen.

Völkerverband Sachsen des Deutschen Vereins vom Heiligen Land. Am 17. März hat in Leipzig die Generalversammlung des Völkerverbandes, die erste wieder nach dem Krieg, stattgefunden. Es wurde beschlossen, wo nun wieder geordnete Verhältnisse bestehen, eine rege Propaganda für die Zwecke des Vereins ins Werk zu setzen; es soll zur Bildung von neuen Ortsgruppen aufgefordert werden - zurzeit bestehen solche nur in Leipzig, Wurzen, Schirgiswalde und Königshain - es soll überall zum Eintritt in den Verein aufgefordert werden, in Leipzig soll am 18. September eine große Werberversammlung stattfinden, und endlich soll für den diesjährigen Katholikentag in Bautzen eine Resolution vorbereitet werden, die die Ziele des Vereins den weitesten Kreisen bekannt gibt und den Eintritt allen empfiehlt. Die Geschäftsstelle besteht in Leipzig unter der Adresse des 2. Vorpostens, Thomasturmstraße 2, 3. - Aus dem Bericht des Schatzmeisters geht hervor, daß trotz der schweren Zeiten in den letzten fünf Jahren doch rund 8000 M.

Nicht einmal 1 Mark pro Woche

folgt durchschnittlich die „Sächsische Volkszeitung“, und doch gibt es leider noch viele Familien, wo dieselbe noch keinen Eingang gefunden hat. Die Not der Zeit aber fordert gebieterisch, daß die „Sächsische Volkszeitung“ immer weitere Verbreitung finde. Die Leser sollten durch Empfehlung in ihren Freundeskreisen dahin wirken, neue Besteller zu gewinnen, zumal die Gegenwart außerst ereignisreich und die „Sächsische Volkszeitung“ wie keine andere Zeitung kämpft für unsere Ideen und entritt für die Wahrung unserer heiligsten Güter.

Auch durch den sofortigen Beitritt zum Katholischen Presseverein für Sachsen (Wirkung jährlich nur 12 M.) trägt jeder dazu bei, daß die einzige Zeitung Sachsens, die die katholischen Interessen so energisch vertritt, immer mehr Kraft und Leben erhält, ja, es ist Ehrenpflicht eines jeden Katholiken, diese Zeitung zu unterstützen und verbreiten zu helfen.

Wer also noch nicht Abonnent der „Sächsische Volkszeitung“ ist, melde sich noch heute mit Namen und Adresse bei der Saxonica-Druckerei, Holbeinstr. 46, an, die Zeitung geht ihm dann sofort zu. Der Beitritt zum Presseverein kann ebenfalls dort gemeldet werden, ferner nehmen Meldungen entgegen der Kassierer des Pressevereins, Kaplan v. Or., Schloßstraße 32, 3, und Barbara Bonath, Dresden-N., Weintraubenstraße 18, im Caritassekretariat.

Keine Familie ohne „Sächsische Volkszeitung“! Jeder nach Kräften unterstütze die „Sächsische Volkszeitung“ und den Presseverein!

an Mitgliederbeiträgen eingegangen und an die Zentrale nach Köln abgeliefert worden sind. - Bei den Vorstandswahlen wurden die bisherigen Mitglieder, nämlich Herr Graf v. Schönburg-Glauchau, Vorsitzender, Hofrat Urban v. Hahn, stellvert. Vorsitzender, Kaplan Ewald-Glauchau, Schatzmeister, wiedergewählt.

Schirgiswalde. Auf guadenreiche Tage der Missionserneuerung blickt jetzt unsere Kirchengemeinde zurück. Was schon voriges Jahr der Vollstimmung ein voller Erfolg beschied, so erst recht der Missionserneuerung! Obwohl die Missionserneuerung diesmal 14 Tage andauerte und Frauen und Männer eine besondere Woche hatten, um jeder Netherfüllung des Gotteshauses vorzubeugen, so war doch der Eifer im Anhören der Predigten und im Empfang der hl. Kommunion stets ein unübersehbar reger. Vor allem ist die Beteiligung der Männer und Jünglinge über jedes Lob erhaben, auch sie kamen in der zweiten Woche ebenso eifrig und fast sämtlich wie die Frauen und Mädchen. Es hat jedesmal einen eigentümlich erhabenen Anblick, nur Männer in großer Zahl und Anzahl im Gotteshaus versammelt zu sehen. Unermüdblich waren die beiden Missionarinnen Schilling und Reil auf der Kanzel und im Predigtstuhl tätig. 8012 Predigten wurden abgeleitet und gegen 8000 hl. Kommunionen gespendet. In Anbetracht dessen, daß unsere Kirchengemeinde nur knapp 4000 Seelen zählt, sprechen diese Zahlen deutlich für den vollen Erfolg dieser feuerreichen Veranstaltung! - Möchte all das Gute, das in diesen Tagen anregt und befruchtet worden ist, dazu beitragen, den guten christlichen Glaubensgeist in unserer Gemeinde auch für weitere Zukunft zu erhalten und zu fördern.

Parteinachrichten

Leipzig. Morgen Dienstag, den 5. April, abends pünktlich 7.30 Uhr wird im evangelischen Vereinshaus vom Lindt-Horstbunde (Jung-Zentrum) Leipzig ein Bildabend abgehalten werden. Der für den Abend gewonnene Redner, Herr Hermann Engelhardt-Schorl, der wegen seines Bekenntnisses zum Deutschtum aus Ost-Lothringen flüchtigen mußte, wird an Hand von fast 100 Lichtbildern und Deutsches Land, das uns der gierige Franzose raubte, im Bilde zeigen. In diesem Abend sind alle Jungmänner und Parteifreunde herzlich eingeladen.

Dresden-Johannstadt. Die Ortsgruppe der Christlichen Volkspartei - Zentrum - Dresden-Johannstadt, hatte Freitag den 1. April zu einer Versammlung der Kommunisten eingeladen. Als Redner für den Abend war Herr Dr. Friedmann gewonnen. Er behandelte das Thema Versailles und die deutsche Wirtschaft. In seinem ausgesprochenen, gemeinverständlichen und ausführlichen Vortrag führte er seiner Zuhörerschaft die Folgen dieses „Instrumentes des Friedens“ für alle Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen. Jedem Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher raffinierten Bosheit und kalten Berechnung unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Lebensnerv geschädigen wollen und daß die unbilligen Forderungen der Entente einen Gradmesser für die Niederlage der Bestimmungen und für eine in der Tat grenzenlose Nachsucht darstellen. Das Verzichtungsmerk vor allem Frankreichs und Englands steht in der Weltgeschichte beispiellos da und läßt nur einen Vergleich zwischen Karthago und dem heidnischen Rom zu. Wenn auch dem am Boden liegenden Deutschland nur schwache Lichtblicke für eine bessere Zukunft beschienen sind, daß nämlich auch unsere Feinde die Räume nicht in den Himmel wachen werden, so drängt doch unsere äußere politische Lage jeden vernünftigen Deutschen darauf hin, daß nur eine innere Geschlossenheit uns noch an den Wahrung vor den Gefahren beschaffen kann. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht; von diesem Gedanken hat der letzte Teil des Vortrages geleitet, was auch unsere Hoffnung sei nicht als trügerisch erweisen, daß Gottes Willen langsam, aber furchtbar sein mußten. Nach dem Vortrage begrüßte der Versammlungsleiter, Herr Lehrer Ribische, den ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Apotheker Frankner, welcher den Johannstädtern herzliche Begrüßungsworte widmete und zu weiterer reger Parteilichkeit aufmunterte. Im allgemeinen war es sehr zu beauern, daß der Saal einige Stellen ausfüllte, daß vor allem von den anderen Dresdener Ortsgruppen niemand erschienen war. Nicht 90 Prozent aller Deutschen haben Kenntnis von den herrschenden Verhältnissen des sogenannten Friedensvertrages für das deutsche Wirtschaftsleben. Wer am Freitag zur Stelle war, dem sind Augen und Ohren aufgegangen, wo unsere Zukunft liegt. Erln.

Kirchliches

Exerzitten im Erholungsheim Berlin Wiesdorf-Süd

In der Urkraft unserer Tage hat manch Vielbeschäftigter, dem es ernst um die Sache Gottes in seinem Leben ist, gefeuert: Wenn ich nur einen Tag hätte, um einmal mit Gott und meiner Seele allein zu sein, um mich wirklich einmal ganz zu sammeln und zu leben, wo ich stehe und wohin ich gehe, um einmal wirklich mit einer innerlich überwundenen Vergangenheit abzuschließen und die Hoffnung wie den Willen auf eine klarer geschaute Zukunft und darüber hinaus auf eine fester ins Auge gefasste Ewigkeit zu richten. Wer die Gnade hat, der ein ewiger Weisheit und göttlicher Vorsehung geleiteter Katholiker Kirche anzugehören, wird sich leicht sagen, daß sie, die alle Mittel des Heils so überreich besitzt und bietet, auch hier Hilfe bereit hält.

Und dem ist so. Es stehen jedem Katholiken, der, dem Ruf der Gnade folgend, sich einmal ernstlich in Gott sammeln und erneuern will, die Exerzitten offen. Was bedeutet der Ausdruck Exerzitten? Es bedeutet wörtlich Geistesübungen und diese

